



KLIMASCHUTZ

NEUE UND GESCHLOSSENE BAHNHÖFE

INHALT

BAHNHALTESTELLEN-CHRONOLOGIE

VERRATEN UND VERKAUFT

MEHR ALS EINE FALSCHER ENTSCHEIDUNG

ÜBER DEN PLANUNGSVERTRAG

DER FRAGWÜRDIGE STANDORT DES NEUEN BAHNHOFES

MODERNE KOMMUNIKATION UND DEMOKRATIE

KLIMA UND VIELFALT

ÖSTERREICH AM WEG ZUM KLIMA-NEUTRALEN WIRTSCHAFTEN BIS 2040

GRAUSLICHE BILDER

GRÜNEN-TREFFEN

jeden letzten Montag im Monat, 19h
Derzeit ONLINE

Kontakt:

maria-anzbach@gruene.at

„Nürnberger Eierlein“ - unter dem Begriff kennen die AnzbacherInnen, zumindest bis zu meiner Generation, die beliebte Rodelwiese beim Unimarkt. Der Begriff ist Geschichte, bald ist es die Rodelwiese auch.

Ein Posting in den sozialen Medien und die dadurch ausgelöste Diskussion hat die Telefone bei der Gemeinde heiß laufen lassen und zumindest für einen Zusatz in letzter Minute im Gemeinderatsbeschluss gesorgt: „Die Schiwiese „Nürnberger Eierlein“ soll bestmöglich in die Planung einbezogen werden. Ist dies technisch nicht möglich oder nur mit hohem finanziellem Aufwand verbunden, soll eine Ersatzfläche in der Nähe gefunden werden, wofür ebenfalls die Bürgermeisterin beauftragt wird, die Grundverhandlungen zu führen.“

Die geplante Lage der Bahnstation und die Zufahrt aus dem Kreisverkehr beim Unimarkt gemäß beschlossenen Planungsvertrag ist mit dem Erhalt der Rodelwiese unvereinbar. Gäbe es eine geeignete Ersatzfläche würde diese längst genutzt werden. Man kann eine solche Fläche nicht ohne weiteres „finden“, auch die Bürgermeisterin nicht.

Neuerdings ist Maria Anzbach „familienfreundliche Gemeinde“. In der ersten Gemeinderatssitzung nach der Verleihung dieses Titels wurde der Verbau der bei Jung und Alt beliebten Rodelwiese beschlossen.

Allerdings: In Zukunft ist wahrscheinlich ohnedies keine Rodelwiese mehr nötig. Wir arbeiten alle kräftig daran, das Klima zu erwärmen und die Temperaturen ansteigen zu lassen. Flächenversiegelung und Betonverbrauch tun ihr Übriges.

■ Margit Brachmann

Übrigens: Die Rodelwiese ist auch aus Naturschutzsicht von hohem Wert. Der steile Oberhang wird von einer artenreichen Magerwiese vom Typ der wechselfeuchten Glatthaferwiese bewachsen – ein Biotoptyp, der gemäß Umweltbundesamt als stark gefährdet eingestuft wird und für den EU-weit Schutzgebiete eingerichtet worden sind.

Mit der Vernichtung der Rodelwiese verlieren also nicht nur unsere Kinder einen wichtigen Spielplatz, sondern auch gefährdete Tier- und Pflanzenarten, wie das Kleine Mädesüß, die Breitblättrige Platterbse und wohl eine Vielzahl an Insekten einen bedeutenden Lebensraum.

■ Reinhard Kraus

DIE GESCHICHTE MIT DEN BAHNHALTESTELLEN - EINE VERKÜRZTE CHRONOLOGIE:

Seit es GRÜNE in Maria Anzbach gibt, kämpfen sie um den Erhalt der Bahnhaltstellen. Manche GemeindegängerInnen noch länger.

2005:

erste Kandidatur der GRÜNEN in Ma. Anzbach. Die Bahn ist eines ihrer Themen.

2006:

Verlegung Bahnhof Maria Anzbach in die Schwabstraße wird erstmals im Gemeinderat thematisiert.

Auflassung Station Hofstatt und Beibehaltung Unter Oberndorf wird in den Raum gestellt.



VERRATEN UND VERKAUFT

... fühlen sich die Betroffenen durch die Bürgermeisterinnenpartei ÖVP. Vor einem Jahr habe man unter dem Motto „Mobilität, die niemanden zurücklässt“ um Stimmen der Unter OberndorferInnen und HofstätterInnen geworben - um sofort nach erfolgter Wahl zu verstummen. Ein Jahr lang war nichts mehr zu hören von Bgm. Winter und Vbgm. Peter, um dann - völlig überraschend - kurz vor Weihnachten im Gemeinderat die Schließung der Haltestellen Unter Oberndorf und Hofstatt zu besiegen.

In diese Entscheidung sei man nicht einbezogen gewesen, behauptet Bgm. Karin Winter in einem Schreiben an die Maria AnzbacherInnen. Und doch hat sie beinahe ein Jahr lang hinter verschlossenen Türen darüber verhandelt. Den Dank der Bürgermeisterin an jene, die sich „in den letzten Jahren beherzt für einen Erhalt aller Stationen eingesetzt haben“ empfinden diese als Sarkasmus: Von einem beherzten Einsatz der Gemeinde-spitze war nichts zu bemerken ...

■ Klaudia Paiha

2009 bis 2013

Einstellung der Halte in der Hofstatt und Erkämpfung des Shuttle-dienstes Hofstatt - Bf. Neulengbach Stadt. Unterschriftenlisten der Bahninitiative, Resolution des Gemeinderats und Verhandlungen mit Land NÖ führen nach zwi-schenzeitlichen Verschlechterungen wieder zu ½ Stundentakt in Maria Anzbach und Zughalten in Hofstatt.

2017:

Gemeinderat berät über ÖBB-Vor-schläge zur Zukunft der Halte-stellen: ÖBB will die kleinen Hal-testellen schließen und dafür die zentrale Haltestelle Maria Anzbach modern ausbauen. Als Standorte stehen die Schwabstraße, die bestehende Station in der Kurve und eine etwas östlich der bestehen- den Station gelegene Variante mit eigener Zufahrt zur Diskussion.

2018:

Bahninitiative „Unsere Westbahn - unsere Busse“ sammelt Unter-schriften zum Erhalt der Haltestel- len und Taktverdichtung, macht verschiedene Aktionen und drängt die Bürgermeisterin, aktiv zu werden. Ministerium veröffentlicht Ausschreibung, aus der mittelfris- tige Schließung Unter Oberndorf und Hofstatt hervorgeht. Gemeinderatsmehrheit lehnt Dringlichkeit einer Resolution zum Erhalt der Haltestellen ab.

2019:

März: Bahn-Infoveranstaltung: Die Schließung von Unter Oberndorf und Hofstatt und der Ausbau der Station Ma. Anzbach werden seitens ÖBB und Land NÖ angekündigt. Danach werden 500 Unterschriften für den Erhalt der Haltestellen gesammelt und an Bürgermeisterin und ÖBB übergeben.

August: Gemeinderat beschließt mit Bahn-Initiative entwickelte Re- solution zum ½-Stunden Takt und bessere Anbindung nach St. Pölten für Unter Oberndorf und Hofstatt. Vielfache Aktivitäten der Bahn-Ini- tiative Richtung Entscheidungs- träger in Bund, Land, Gemeinde und

Information der Öffentlichkeit.

2020:

Jänner: ÖVP verspricht im Gemein- deratswahlkampf, sich für Erhalt und Attraktivierung aller Haltestel- len einzusetzen.

Februar: Erstellung eines gemein- samen Schreibens der Bürgermeis- terin und der Bahninitiative, an Land NÖ geschickt.

Keine neuen Informationen der Gemeinde zum Erhalt der Halte- stellen, trotz mehrmaligem Nach- fragen der Grünen. Keine Kontakte der Gemeinde mit der Bahninitia- tive.

Dezember: Bürgermeisterin legt ausverhandelten Planungsvertrag mit ÖBB und Land NÖ zum Be- schluss vor, der Verlegung Bahnhof Ma. Anzbach zum Friedhof und Schließung von Unter Oberndorf und Hofstatt zum Inhalt hat - be- schlossen von ÖVP und SPÖ.

Die ausführliche Chronologie auf unserem Blog:

<http://gruenemariaanzbach.wordpress.com>

MEHR ALS EINE FALSCH E ENTSCHEIDUNG

Wir finden es falsch, als Gemeinde selbst die Auflassung von zwei der drei Maria Anzbacher Bahn-Halte- stellen zu beschließen. Wir finden es unangenehm, wenn das auch noch in offiziellen Organen der Gemeinde als Erfolg verkauft wird. Unappetitlich wird's, wenn man sich die Fakten dazu anschaut.

Infrastrukturentscheidungen wie der Bau einer Bahnstation sind Ent- scheidungen für Generationen. Sie sollten daher auch mit der notwen- digen Sorgfalt und Akzeptanz ge- troffen werden. Idealerweise sind sie eingebettet in ein zukunftswei- sendes Entwicklungskonzept der gesamten Gemeinde.

ÜBER DEN PLANUNGSVERTRAG EINE NICHT-JURISTISCHE BETRACHTUNG

Dies wird aktuell gestartet, parallel gibt es seitens des Landes auch entsprechende Initiativen zur Energiaräumplanung – das ist sehr begrüßenswert, für die Bahnentscheidungen leider zu spät!

Ebenso wäre es natürlich interessant, den Verkehr und die Verkehrsentwicklung zu planen: welche Menschen wollen wann und wohin fahren, wie wird sich der Individualverkehr entwickeln (autonomes Fahren, Fahrtendienste, eMobilität, Rad- und Fußwege etc.) und was sollte/könnte durch den öffentlichen Verkehr abgedeckt werden.

Im Frühjahr 2020 hat der Gemeinderat eine Resolution zum Erhalt der Stationen Hofstatt und Unter Oberndorf beschlossen: Im Kern ging es darum, erst ein akzeptables Angebot zu bieten, bevor Infrastruktur zerstört wird. Speziell Richtung St. Pölten würden viel mehr Menschen in den kleinen Stationen zusteigen, wenn es ein Angebot gäbe. Und erst dann kann man mit den Zahlen planen. „Eine verbesserte Versorgung der beiden Stationen mit mehr Zügen zur Hauptverkehrszeit wäre leicht möglich. Zum Beispiel *„den REX in Unter Oberndorf bzw. Hofstatt halten lassen! Die Fahrzeitverlängerung beträgt dadurch 3 Minuten (für beide Stationen insgesamt). Damit wäre auch eine direkte und attraktive Anbindung nach St. Pölten gegeben!“* (*BI)

Es bleibt für alle Beteiligten rätselhaft, warum der Vizebürgermeister und die Bürgermeisterin stattdessen allein, still und heimlich den Planungsvertrag aushandeln, der hierzu ohne Not genau das Gegenteil enthält: *„In wenigen Jahren wird der Zuzug verstärkt spürbar sein und wir werden es bereuen, leistungsfähige, vom Individualverkehr unabhängige Infrastruktur vernichtet zu haben!“* (*BI)

Letztlich bleibt schon die Frage: Entspringt die Art und Weise dem Politikverständnis nach alter Gutsherrenart (die Wahlgewinner können machen, was sie wollen)? Oder geht es ganz einfach darum, sich ein Denkmal zu setzen, einfach weil sie`s können? Oder hat die Landesregierung in St. Pölten unabhängig von der Gemeindeführung entschieden - und diese konnte uns daher nicht früher informieren?

(*BI): Zitate aus „Unsere Stationen – Bürgerbeteiligung im 21. Jahrhundert“ der Bürger*inneninitiative „Unsere Westbahn, unsere Busse, Initiative Maria Anzbach“ vom 10. Jänner 2021, s. <https://www.facebook.com/unse-rewestbahnstrecke.at/posts/475239007207824>

■ Lothar Rehse

Die Vertragspartner: Gemeinde Maria Anzbach, ÖBB-Infrastruktur, Land NÖ

Der Vertragsgegenstand: die Verlegung des Bahnhofes Maria Anzbach und die „Auflassung der Verkehrsstationen Hofstatt und Unter Oberndorf“ – „samt Errichtung Ersatzwege (Bauteil D)“ - diesem „Bauteil D“ begegnen wir wieder in Punkt 2.4.

„Die Vertragspartner beabsichtigen, ein neues Fahrplankonzept mit mehr und schnelleren Zugverbindungen zu schaffen und erfolgt daher die Auflassung der Verkehrsstationen Hofstatt und Unter Oberndorf „

Haben Sie's bemerkt? Man beabsichtigt mehr und schnellere Zugverbindungen, lässt aber die beiden Bahnstationen definitiv auf.

Ganz ähnlich liest sich der Unterschied zwischen fix und vage beim eingangs erwähnten Punkt 2.4. der „Maßnahmen“. Denn hier heißt es „Die Verkehrsstationen Hofstatt und Unter Oberndorf werden voraussichtlich mit Dezember 2023 aufgelassen“. Die „Ersatzmaßnahme“ jedoch, also „die Errichtung eines kombinierten Geh- und Radweges“, ist auch wieder nur „geplant“.

Immerhin werden die Vertragspartner die Planung dieses Geh- und Radweges vereinbaren. Und nach Abschluss von Planung und Kostenermittlung „werden die Vertragspartner die weitere Finanzierung regeln und einen Realisierungsvertrag abschließen“. Vielleicht stellt sich ja dabei heraus, dass das alles doch zu teuer sein würde?

Ein „kombinierter Geh- und Radweg“ als solcher ist natürlich auch aus unserer Sicht begrüßenswert. Aber nicht als Ersatz für eine Bahnstrecke!

■ Susanne Wimmer

Den gesamten Vertrag finden Sie auf unserem Blog.

<http://gruenemariaanzbach.wordpress.com>

DER FRAGWÜRDIGE STANDORT DES NEUEN BAHNHOFES

In Maria Anzbach ist schon länger klar, dass wir demnächst einen neuen Bahnhof brauchen werden. Insbesondere die Lage des Bahnsteigs in einer Kurve entspricht nicht den heutigen Anforderungen an Sicherheit und Barrierefreiheit. Daher hat sich der Gemeinderat bereits vor bald 4 Jahren näher mit möglichen Änderungen beschäftigt. Damals war ein Bahnhofsneubau nahe der Schwabstraße (Variante 2) die von der ÖBB präferierte Option. Auf Wunsch der ÖVP kam Variante 3 oberhalb des „Nürnberger Eierleins“, östlich der bisherigen Station ins Spiel. In einem Gemeinderatssitzungsprotokoll von 2017 wurde folgendes festgehalten:

„Der Gemeinderat der Marktgemeinde Maria Anzbach beschließt mit zwei Gegenstimmen von GR HELL und GR DANKSAGMÜLLER, den Ausschluss der möglichen Variante 1. Variante 2 bleibt weiterhin noch im Gespräch. Allerdings ist der Favorit der Mehrheit Variante 3. In diese Richtung soll die ÖBB nun weiterplanen und allenfalls noch andere Umsetzungsmöglichkeiten der Variante 3 vorlegen, die etwa auch mit geringerem Landschaftsverbrauch auskommen.“ Dieser Sachverhalt kam in der bisherigen Berichterstattung leider zu kurz oder wurde ganz ignoriert. Meist wurde dies fälschlicherweise gar als Gemeinderatsbeschluss zum Neubau der Variante 3 dargestellt. Es gibt einige Aspekte, die an der jetzigen Planung fragwürdig sind. Am auffälligsten sind die doppelt so hohen Realisierungskosten des von der ÖVP favorisierten Plans. Während der Bahnhof an der Schwabstraße mit rund 8 Mio. Euro schon kostspielig genug ist, wird dieses Projekt geschätzte 15 Mio. Euro verschlingen. Das ist zwar noch nicht ganz das Doppelte, aber diese 15 Mio. Euro umfassen auch nur den Bahnhof an sich.

Laut Herrn Kroupa (ÖBB-Infra) in der letzten Gemeinderatssitzung betragen allein die geschätzten Baukosten der Aufschließungsstraße des neu geplanten Bahnhofs 1,2 Mio. Euro. Die Kostenbeteiligung der Gemeinde beträgt dafür 18% und beläuft sich demnach auf 226.000 Euro. Park&Ride Anlage und Vorplatz sind noch nicht bepreist.

Der Baukostenanteil für die Gemeinde beträgt hier laut beschlossenen Planungsvertrag 5% (P&R) bzw. 50% (Vorplatz).

Die hohen Errichtungskosten des Bahnhofs belasten zwar nicht das Gemeinde-Budget, verschwenden aber Steuergelder. Es ist ein sehr bitterer Beigeschmack, dass auf diese Weise das Budget der Infrastrukturministerin für den so wichtigen Ausbau des Bahnnetzes in prestigeträchtigen Bahnhofsbauten versickert.

Zudem fällt die notwendige Zufahrtsstraße zu einem wesentlichen Teil ins Gemeindebudget. Am Ende zahlen wir das Doppelte oder mehr dafür, dass der Bahnhof aus dem Ortskern (Volksschule, Sportplatz, Gemeindezentrum, Mühle, Kirche...) rausgerückt wird. Im Zentrum könnten mehr Fahrgäste ohne Auto die Bahn erreichen - insbesondere die Bewohner*innen der neuen Bauten oberhalb der Volksschule.

Die Frage nach dem Warum wird bestenfalls mit einem „Die anderen Optionen sind nicht durchführbar – das geht leider nicht“ beantwortet. Vorderhand wird dies mit Angst vor höherem Verkehrsaufkommen bei der Volksschule begründet, ohne das mit konkreten Zahlen untermauern zu können - zumal interessante Alternativen zur Erschließung über Wasenburggasse und Hofstattgraben mit begleitender Siedlungsentwicklung denkbar wären. Hinter vorgehaltener Hand wird dann immer wieder auf Interessen von gut vernetzten Anrainern verwiesen.



Hier soll der neue Bahnhof entstehen.
(Bild: aus dem Planungsvertrag)

Das ist definitiv ein beklagenswerter Zugang, der auch die Sinnhaftigkeit vieler Bemühungen und Besprechungen in Frage stellt. Auf die vielen offenen Fragen werden keine ausführlichen und fundierten Antworten und Erklärungen geliefert. Wo sind die Unterlagen zu den einzelnen Varianten, wo der Kriterienkatalog, nach dem entschieden wurde, wo die Planung zur künftigen Ortsentwicklung?

Aus unserer Sicht besonders unbefriedigend ist, dass ein so bedeutendes Vorhaben wie die Bahnhofneuplanung von der Gemeindegemeinschaft in keiner ersichtlichen Weise in die weitere Ortsentwicklung eingebunden ist. Immerhin ist Maria Anzbach eine Gemeinde mit laufendem Einwohnerzuwachs.

Unsere Nachfrage, ob die Serpentinestraße zum geplanten Bahnhof auch zur Weiterentwicklung von Siedlungs- oder Gewerbeflächen nutzbar wäre, ergab, dass diese aufgrund der Hanglage für Gewerbeflächen vollkommen ungeeignet sei. In der Ebene wird zudem eine sogenannte Wüstung, eine mittelalterliche Siedlung, vermutet, die eine zukünftige Baulandwidmung ausschließt. Damit ist klar, dass die geplante kostspielige Zufahrtsstraße über das „Nürnberger Eierlein“ ausschließlich der Zufahrt zum Bahnhof dienen kann. Eine effiziente Flächennutzung sieht anders aus.

Wir fordern daher, dass die Standortentscheidung nochmals eingehend auf Basis zukunftsweisender Konzepte für Ortsentwicklung und Öffentlichen Verkehr und den Prinzipien flächen- und kosteneffizienter Planung geprüft wird.

■ Richard Jabkowski

Die Gemeinde Maria Anzbach hat einen WhatsApp-Kanal zur Information der Bürgerinnen und Bürger eingerichtet. Gute Idee, sich gerade in Corona-Zeiten moderner und schneller Kommunikationsmittel zu bedienen. Die Gemeinde Maria Anzbach informiert da über Covid19-Maßnahmen, Serviceeinrichtungen, Kindergarteneinschreibung oder neue Öffnungszeiten.

Schwieriger wird es allerdings dann, wenn „die Gemeinde“ und „die ÖVP“ deckungsgleich sind. Wenn Meinung, Auslegung, historisches Verständnis, Ideen für die Zukunft (sofern vorhanden) ausschließlich die der RepräsentantInnen von 64,79% der zuletzt gewählt habenden BürgerInnen darstellt.

„The winner takes it all“ kann auch mit „die absolute Mehrheit kann über alle drüberfahren“ in die Praxis übersetzt werden. Sie kann ihre Meinung als allgemein gültig verbreiten, sie kann jedes Thema, jede Entwicklung einseitig darstellen und dennoch den Eindruck von ausgewogener Neutralität vermitteln.

Nehmen wir als Beispiel die Diskussion um die Schließung der Bahnhaltstellen Unter Oberndorf und Hofstatt. „In Verhandlungen mit der ÖBB sowie dem Land Niederösterreich bemühen wir uns ..., den Verlust der Haltestellen durch besondere Zugeständnisse und Begleitmaßnahmen abgemildert zu bekommen. Hierbei sind wir auf einem sehr guten Weg und dazu ist der unlängst beschlossene Planungsvertrag mit der ÖBB und dem Land ein erster Schritt.“ Das klingt ja gut- solange der/die werte LeserIn nicht den Planungsvertrag in Händen hält und sich selbst ein Urteil bilden kann, was die ÖVP - pardon, „die Gemeinde“ - unter „abgemildert“ oder einem „guten Weg“ versteht. Aber man kann ihnen nicht böse sein, denn „ein Dankeschön gebührt all jenen, welche sich in den letzten Jahren beherzt für einen Erhalt aller Stationen eingesetzt haben.“ Na immerhin.

■ Susanne Wimmer

KLIMA UND VIELFALT

Wozu brauchen wir Klimaschutz und Artenvielfalt? Haben wir überhaupt ein Problem und wenn ja, wie viele?

Ein innerer Dialog – kühl-gemäßigt am Übergang zum mediterranen

Was für eine Frage! „Natürlich brauchen wir Klimaschutz und Artenschutz. Wozu? Zum Überleben der Menschheit!“ sagen die einen. Die Politik wird sogar zur Panik aufgerufen, wie von Greta Thunberg. Aber nicht,

um in Apathie zu verfallen, sondern endlich ins Tun zu kommen. Auf der anderen Seite jene, die meinen, „Klimawandel gibt es nicht“ oder wenn doch, dann sagen „das Klima hat sich immer geändert“, „Arten sind immer ausgestorben und neue wieder entstanden.“ Oder „im Mittelalter wurde auch auf 1000 Meter Seehöhe Wein angebaut, so schlimm wird es schon nicht werden.“

Schon lange frage ich mich, was die Basis für diese unterschiedlichen Positionen in dieser schon so lange andauernden Diskussion sein kann. Überraschenderweise orte ich bei beiden Seiten bislang die gleiche Ursache. Es ist meiner Meinung nach das Bedürfnis nach Freiheit.

Für die einen ist es die Freiheit, in einer weitgehend ökologisch intakten Welt zu leben und diese Freiheit auch zukünftigen Generationen zu ermöglichen. Dass sich diese Gruppe der Besorgten ob des Klimas und der Artenvielfalt um Bewegungen junger Menschen wie „fridays for future“ schart, ist nicht verwunderlich. Sind es vor allem junge Menschen, die von einem starken Klimawandel am längsten und am stärksten direkt betroffen wären.

Für die Skeptiker ob der Problematik des Wandels ist es die Freiheit, ihr Leben in gewohnter Weise, mit vertrauten Mitteln weiter zu leben und sich keine weiteren Einschränkungen ihres Lebens, noch dazu gespickt mit Moralpredigten, gefallen lassen zu müssen. Vor allem, wenn die Wissenschaft dann vielleicht doch draufkommt, dass das alles nicht so dramatisch ist. Ist doch auch irgendwie verständlich. Mein innerer Dialog entwickelt sich zu einer Abfolge von Fragen und Antworten.



Bild: Goran Horvat auf Pixabay

Was sagt denn die Wissenschaft zum Thema Klimawandel?

Als Klima bezeichnet diese grundsätzlich die Wetterverhältnisse über drei Jahrzehnte hinweg. Einzelne, extreme Wetterereignisse spielen bei der Beurteilung des Klimas also kaum eine Rolle.

Seit mehreren Jahrzehnten ist offensichtlich, dass der Anstieg der mittleren Lufttemperaturen auf der Erde einen starken Klimawandel anzeigt, der vor kaum einer Region der Erde Halt macht. Grundsätzlich ist die Erwärmung im Bereich der Meere geringer, auf den Landflächen stärker. Während die Temperaturerhöhung im weltweiten Mittel in den letzten 100 Jahren ca. 1,2°C beträgt, ist die Temperatur in kontinentalen Bereichen, wie auch in unserer Region, bereits um teilweise 2 bis 3°C gestiegen. Die Grünen Maria Anzbach haben berichtet.

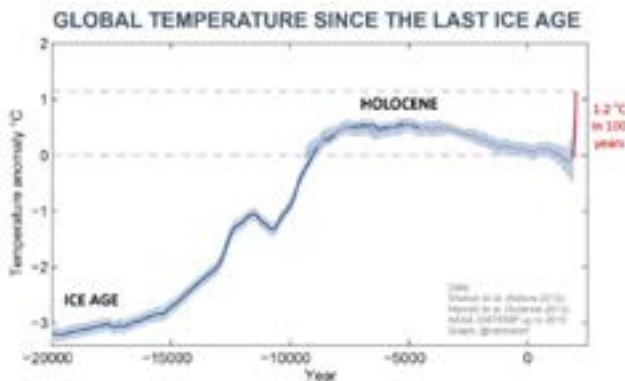


Abbildung 1: Weltweite Temperaturveränderung in den letzten 22.000 Jahren. Nulllinie markiert das Temperaturniveau vor Beginn der Industrialisierung, der rote Strich zeigt den Anstieg der letzten 100 Jahre

Im Laufe jahrzehntelanger Forschung fand die Wissenschaft als einzige, nachvollziehbare Hauptursache für die rasche Erwärmung der letzten 100 Jahre den zusätzlichen Ausstoß von sogenannten Treibhausgasen durch menschliche Aktivitäten seit Beginn der Industrialisierung vor über 150 Jahren. Diese zusätzlichen Gase, allen voran Kohlendioxid (CO₂), das nach dem Wasserdampf das zweitwichtigste Treibhausgas ist, bewirken eine Veränderung der Strahlungsbilanz der Erde, die wie in einem Glashaus dazu führt, dass es wärmer auf der Erdoberfläche wird. Durch menschliche Einflüsse ist der CO₂-Gehalt bereits um 50% gestiegen.

Treibhausgase, das klingt mittlerweile so negativ, sind sie doch eigentlich sehr nützlich für das Leben auf der Erde. Hätten wir keine Treibhausgase in der Erdatmosphäre (Stickstoff, Sauerstoff und Edelgase mit in Summe 99,96% Anteil an der trockenen Luft gehören übrigens nicht dazu), wären die Temperaturen auf der Erde um über 30°C niedriger. Sehr ungemütlich wäre das, so viel ist klar.

Also ein bisschen mehr vom Gleichen in der Atmosphäre, wo ist also das Problem? Und Klimawandel gab es doch auch immer schon.

Die bisherigen Erkenntnisse zur Klimageschichte zeigen, dass sich das Erdklima immer wieder verändert hat,

aber in der Regel nicht annähernd so schnell wie derzeit. Die Geschwindigkeit der jetzigen Erwärmung ist sogar um den Faktor 100 schneller als die bisherigen Klimaveränderungen in den letzten 60 Millionen Jahren seit dem Aussterben der Dinosaurier. Wenn die Erwärmung weiterhin so schnell verläuft, werden praktisch alle Arten in andere noch intakte Lebensräume, sofern es diese gibt, ausweichen müssen oder deren Populationen werden erlöschen. Wie Studien bereits zeigen, ist die derzeitige Geschwindigkeit des Klimawandels für die meisten Arten viel zu schnell, um sich durch Evolution, z.B. durch die Entwicklung besserer Toleranz gegenüber hohen Temperaturen, anpassen zu können.

Dass das sich daraus ergebende Artensterben auf lokaler Ebene auch bei uns bereits stattfindet, zeigt sich schon an einigen Beispielen. So ist die Äsche (Fischart des Jahres 2021) aus den umliegenden Flüssen Gr. Tulln und Perschling aufgrund der Erwärmung bereits vor drei Jahrzehnten verschwunden. Die Grünen Maria Anzbach haben berichtet.

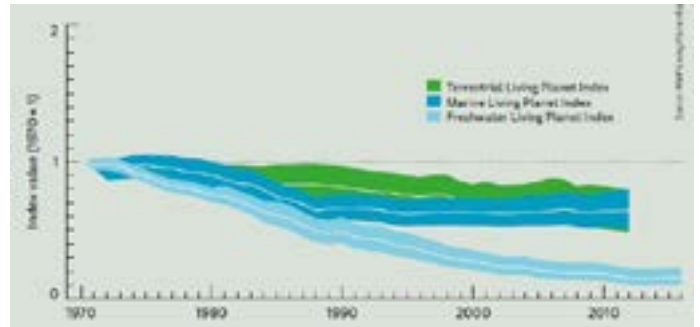


Abbildung 2: Entwicklung/Verlust der Artenvielfalt seit 1970 (Living Planet Index) für Landlebensräume (grün), Meerlebensräume (dunkelblau) und Süßwasserlebensräume (hellblau), Quelle: WWF Living Planet Reports 2016 und 2020

Ist es nicht besser, wenn es wärmer wird, mehr Tage im Sommer zum Baden und so?

Aus der Sicht der Geschichte der Menschheit ist etwas wärmer schon gut. Die Entwicklung der menschlichen Zivilisationen nahm ihren Ursprung im sogenannten Klimaoptimum, 4000 bis 8000 Jahre vor unserer Zeitrechnung, das sich durch sehr stabile Temperaturverhältnisse auf erhöhtem Niveau auszeichnete (siehe Abbildung 1). Bis zum Beginn der Industrialisierung sind die mittleren Temperaturen dann wieder leicht gefallen. Seither geht es steil nach oben, kein Ende des Anstiegs absehbar.

Aber was, wenn mir Artenschutz und Artensterben egal sind?

Ein prominentes Beispiel, wie der Klimawandel auch großen wirtschaftlichen Schaden durch die Beeinflussung von Arten bewirkt, ist das Fichtensterben. Durch die höheren Temperaturen und längeren Sommer kann sich der Borkenkäfer viel schneller vermehren. Die Feuchte liebenden Fichten, geschwächt von teilweise ausgedehnten Trockenperioden, sind dem Käfer und seinen Larven dann wehrlos ausgeliefert. Beim Fichtensterben kommen freilich zwei Aspekte zusammen: Einerseits wurde die Fichte, oft in artenarmen Monokulturen, in tieferen Lagen kultiviert, in denen sie zuvor nicht vorkam. Mit der Klimaveränderung andererseits wird die durch den Menschen veränderte Artenzusammensetzung nun zu einer wirtschaftlichen Sackgasse. Viele Waldbewirtschaftungsbetriebe stehen dadurch vor dem Ruin. Sie müssen jetzt billig ihr Schadholz verkaufen, mit der Aussicht, dass sie auf diesen Waldflächen auf Jahrzehnte keine Einnahmen lukrieren werden.

Weitere Beispiele zu Wirtschaftsschäden durch den Klimawandel aus dem Bereich der Forst- und Landwirtschaft aufgrund Wassermangels, Starkregens, Krankheiten, Insektenplagen, Insektensterbens (Verlust Bestäuber und Nützlinge), Einbruch von Naturbeständen mit hoher wirtschaftlicher Bedeutung (z.B. Fischarten) etc. gibt es mittlerweile zahlreiche mehr.

Damit kann auch die Eingangsfrage beantwortet werden. Wir brauchen Klima und Arten als weitgehend stabile Rahmenbedingung für unser Leben und Wirtschaften.

Ganz abgesehen davon, dass viele Menschen auch der Ansicht sind, dass Lebensräume und deren Tier- und Pflanzenarten generell etwas Schützenswertes und Schönes sind und ein gewisses Recht besitzen (sollten), dass deren Vorkommen nicht zerstört oder gar ausgerottet werden.

Ok, es werden bei einer weiteren Erwärmung noch viele Arten verschwinden und es wird Wirtschaftsbranchen geben, die Probleme bekommen. Aber was, wenn ich nicht mit diesen Arten wirtschaftete? Dann habe ich auch kein Problem. Wenn es zu heiß wird, kauf ich mir eine Klimaanlage.

Die zunehmende Erschwernis beim Wirtschaften in der Natur wird zu einem Preisanstieg bei vielen Produkten führen. Wohlstand, der in der Regel bedeutet, dass wir uns um unser Geld viele Güter und Dienstleistungen kaufen können, wird dadurch zunehmend abnehmen.

So viele Produkte aus der Natur und aus klimaempfindlichen Kulturen brauch ich nicht. Die Nahrungsmittel, die ich benötige, werden mit Bewässerung schon noch zu produzieren sein.

Die hochtechnisierte Landwirtschaft hierzulande kann sicher auch Schwankungen im Wasserdargebot durch Bewässerung ausgleichen. Der große Wasserbedarf dafür steht jedoch klar im Konflikt mit dem Erhalt von Ökosystemen in Feuchtgebieten, Flüssen und Seen, die alleine schon aufgrund der Zerstörung von Lebensräumen und des Klimawandels stark unter Druck stehen (siehe Abbildung 2). Die in Krisenzeiten so wertvolle Ernährungssouveränität, insbesondere mit einem so hohen Anteil an tierischen Produkten wie derzeit, wird dadurch zusehends schwieriger zu erreichen.

Ärmere und trockenere Länder tun sich da noch schwerer. Beispielsweise hat der Syrienkrieg eine wesentliche Ursache in mehreren Missernten aufgrund großer Trockenheit, die zum Abwandern großer Teile der Landbevölkerung in die Städte geführt hat. Zusätzliche politische und soziale Spannungen waren die Folge und Nährboden für den Krieg. Die daraus entstandene Flüchtlingswanderung hat auch uns nicht unberührt gelassen. Mehren sich solche Konflikte, ist zu befürchten, dass auch noch weit größere Gebiete politisch instabil werden.

Mir ziemlich egal, wenn Flüsse bei uns austrocknen. Für meinen Bade- und Tauchurlaub fahr ich ohnedies ans Meer.

Wenn der Badestrand neuerdings von Algen- und Quallenplagen heimgesucht wird und das schöne Korallenriff von den letzten Tauchurlauben der Korallenbleiche zum Opfer gefallen ist, wird die Suche nach den schönen Plätzen auf der Erde immer schwieriger. Alleine wird man bei dieser Suche dann sicher auch nicht sein.

■ Martin Mühlbauer

Willst Du was zum weltweiten Klimaschutz und lokalen Artenschutz beitragen, auch wenn es nur ein kleiner Stein eines riesigen Puzzles ist?

Ok, ja.

Dann bitte weiterlesen:

ÖSTERREICH AM WEG ZUM KLIMANEUTRALEN WIRTSCHAFTEN BIS 2040

Energiewende und gleichzeitig Artenvielfalt schützen – wie soll das gehen?

Die verschiedenen Wege zur Klimaneutralität werden fast ebenso stark diskutiert wie die Notwendigkeit derselben. Die einen meinen, dass die Ziele nur durch massive Einschnitte in den Wohlstand der Menschen erreichbar sind. Die anderen denken, dass der Wandel von den Menschen nur akzeptiert wird, wenn dieser Wohlstand möglichst nicht angetastet wird.

Natürlich sind die Ziele leichter erreichbar, wenn weniger Güter und Energie konsumiert werden. Die Klimaneutralität hierzulande ist, bei der heutigen Bevölkerungsdichte, aber ohnedies nicht mehr durch einen reinen Komfortverzicht erreichbar. Sie bedarf auch eines Wandels der verwendeten Technologien. Würden beispielsweise im walddreichen Österreich die knapp vier Millionen Haushalte alle mit Holz beheizt werden, würde der gesamte nachhaltig nutzbare Nachwuchs in den heimischen Wäldern diese Energiemenge bei weitem nicht decken können. Selbst wenn alle Haushalte auf dem Niveau von Niedrigenergiebauweise gedämmt wären, würde die zuwachsende Holzmenge gerade mal so reichen. Für stoffliche Nutzungen wie Bau- und Möbelholz, Papiererzeugung und den zunehmend wichtigen Ersatz von Kunststoffen wäre nichts mehr übrig. Das Heizen der Haushalte ist aber nur ein Teil der von uns benötigten Energie.

Wie groß ist eigentlich die Aufgabe der Klimaneutralität in Österreich?

Zum Vergleich: ein Mensch benötigt für seine Ernährung durchschnittlich 2.050 kcal pro Tag. Das entspricht einer Leistung von 100 Watt.

Die Energieleistung die wir als DurchschnittsösterreicherInnen für unser gesamtes Leben (Verkehr, Produktion, Haushalt, Dienstleistungen) beanspruchen, ist mit 4.800 Watt 48mal größer.

Über 2/3 dieser Energie stammen aus fossilen Quellen (Öl, Gas und Kohle), die bei der Verbrennung CO₂

freisetzen und möglichst rasch durch erneuerbare Quellen ersetzt werden sollen. In Österreich ist die Pro-Kopf-Emission damit mehr als doppelt so groß wie im Weltdurchschnitt.

Bruttoinlandsverbrauch nach Energieträgern in Petajoule 2005–2019

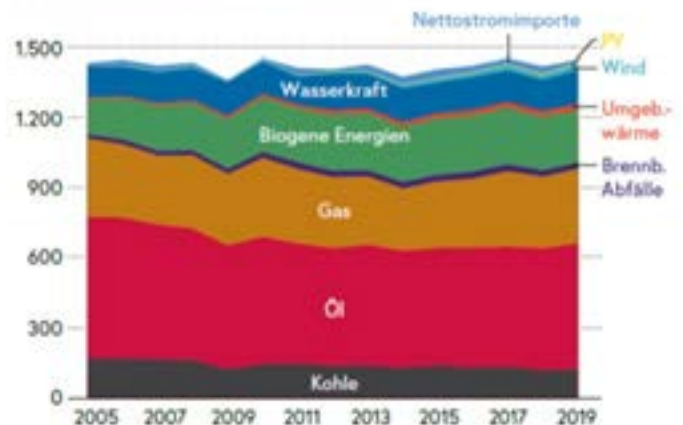


Abbildung 1: Bruttoenergieverbrauch in Österreich 2005–2019 nach Energieträgern

Das klingt aber nach einer großen Aufgabe. Ist das überhaupt machbar?

Ein zentraler Punkt ist zunächst die Energieeffizienz. Das heißt, dass für das gleiche Ziel, z.B. eine warme Wohnung im Winter oder 100 km Personentransport, deutlich weniger Energie eingesetzt wird. Das Einsparungspotential wird in Studien für Österreich mit bis zu 50% beschrieben (siehe Abbildung 2). Generell spricht man in Industriestaaten von der 2.000 Watt-Gesellschaft als Ziel.

Hört sich ja gut an, dann wäre die verbleibende Menge der fossilen Energie relativ leicht zu ersetzen.

Der Teufel steckt jedoch im Detail. Viele dieser Maßnahmen wie thermische Sanierung von Gebäuden und Ausbau des öffentlichen Verkehrs benötigen Jahrzehnte für deren weitreichende Umsetzung. Im Gebäudebereich beträgt die Sanierungsquote derzeit deutlich unter 2% pro Jahr. Die Einsparung von Energie wird also selbst bei einer wesentlichen Beschleunigung der Sanierungsquote weit über 2040 andauern.

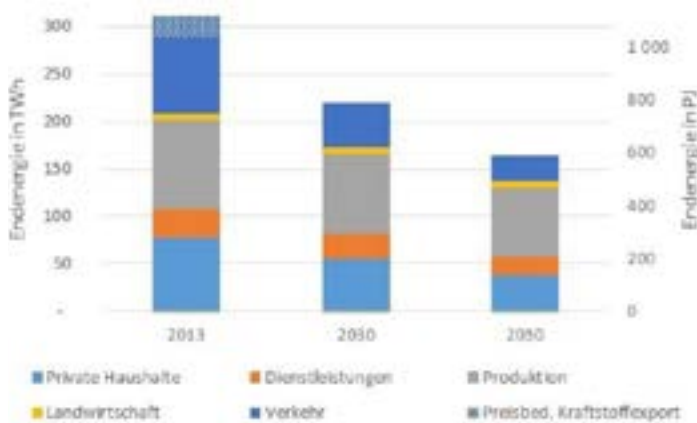


Abbildung 2: "Ambitionierte" Szenarien für die Reduktion des Energieverbrauchs in Österreich (Quelle: ENERGIEZUKUNFT ÖSTERREICH, GLOBAL 2000, Greenpeace und WWF)

Die größten Verbraucher in Österreich sind die Sektoren Verkehr, private Haushalte und Produktion. Letztere benötigen zu einem großen Teil Wärme. Moderne Wärmepumpen, insbesondere mit Nutzung der Erdwärme, kommen für die Erzeugung der gleichen Menge Raumwärme mit rund einem Drittel der Primärenergie von herkömmlichen Heizungssystemen aus. Ähnliche Potentiale für die Effizienzsteigerung gibt es im Bereich Verkehr/Transport durch den Umstieg auf Elektromotoren. Ein Elektro-Pkw kommt beispielsweise mit der gleichen Primärenergie mehr als dreimal so weit wie ein Verbrenner-Pkw mit Diesel- oder Benzinmotor.

Die neuen effizienten Technologien benötigen jedoch elektrischen Strom. Wir sprechen von der Elektrifizierung des Energiesystems. **Derzeit macht Strom weniger als ein Fünftel unseres Gesamtenergieverbrauchs aus!** Für die Energiewende wird also trotz genereller Einsparungen der Strombedarf deutlich steigen müssen.

Den größten Anteil an den erneuerbaren Energiequellen hat heute die Biomasse. Können wir die nicht weiter ausbauen?

Der größte Lieferant für Biomasse in Österreich ist der Wald. Die energetische Nutzung konkurriert hier mit den stofflichen Nutzungen (Bau-, Möbelholz, Papierindustrie etc.), so dass die Ausweitung der Biomassenutzung schon heute an ihre wirtschaftlichen Grenzen stößt. Da der Wald durch Klimawandel, Krankheiten und Schädlinge zusehends unter Druck gerät (siehe vorhergehender Artikel), ist, nach dem kurzfristigen Anfallen großer Schadholzmengen, längerfristig mit einer geringeren Produktivität im Wald zu rechnen.

In den letzten Jahrzehnten wurde auch in der Landwirtschaft die Biomasseproduktion für Energiegewinnung und stoffliche Nutzungen großflächig entwickelt. In Mitteleuropa werden mittlerweile auf ca. einem Fünftel der landwirtschaftlichen Nutzfläche Energiepflanzen angebaut. Auf der ca. gleich großen Fläche werden direkt Lebensmittel produziert. Die restlichen 60% der Landwirtschaftsflächen dienen der Tierfuttermittelproduktion. Die Potentiale zur Ausweitung der energetischen Biomassenutzung sind aufgrund der begrenzten Flächen einigermaßen ausgeschöpft und der geringen Effizienz zwangsläufig zu gering, um noch entscheidende Anteile fossiler Energie ersetzen zu können. Wie wir bereits erkennen mussten, ist die dabei entstehende Intensivierung der Landwirtschaft nicht mit dem Ziel einer vielfältigen Kulturlandschaft und den immer wichtiger werdenden Ökosystemleistungen Biodiversität, gesunder Boden, sauberes Grundwasser und intakte Gewässer vereinbar.

Wie soll denn sonst die erneuerbare Energiemenge produziert werden? Was ist mit Strom aus sauberer Wasserkraft?

Das Wasserkraftpotential ist in Österreich zu ca. 75% ausgebaut. Der vollständige Ausbau der restlichen Fließstrecken würde weit über tausend Kraftwerke benötigen und könnte doch nur ca. 2% unseres heutigen Bruttoenergiebedarfs abdecken. Aus Sicht der Wirtschaftlichkeit müssten zuerst die beiden letzten verbliebenen Fließstrecken an der Donau, im Weltkulturerbe Wachau und im Nationalpark Donauauen, mit Kraftwerken eingestaut werden. Danach verbleiben noch zahlreiche kleine und mittlere Kraftwerksstandorte, die aufgrund der geringen Energieausbeute eine besonders schlechte Umweltbilanz haben. **Ebenso wie die Intensivierung der Land- und Forstwirtschaft ist der flächendeckende Ausbau der Wasserkraft als climate crime (Klimaverbrechen) zu bezeichnen.**

Gemeint ist damit, dass im Namen des Klimaschutzes, der ja eigentlich dem Erhalt der Lebensräume und Lebewesen dienen soll, eben genau diese Lebensräume und Arten weiter zerstört werden. Bei der Wasserkraft kommt hinzu, dass infolge der Erwärmung und der damit stark gestiegenen Verdunstung viele Flussgebiete bis zu 30% ihres Abflusses in den letzten Jahrzehnten bereits verloren haben und die Energieproduktion hier eher sinken wird.

Was dann, Windkraft? Es kann doch nicht sein, dass wir unsere Landschaft komplett „verspargeln“.

Der Landschaftsverbrauch und Themen wie Infraschall und Vogelschlag sind Argumente gegen Windkraft. Für die Energieversorgung im windreicheren Winterhalbjahr, wo Wasserkraft und Solarenergie schwach sind, ist die Windkraft jedoch unerlässlich für ein effizientes, erneuerbares Energiesystem. Durch neue Windparks und insbesondere Erneuerung alter Anlagen durch größere Windräder (Repowering), die teilweise fünfmal mehr Energie liefern als ihre Vorgänger, wird die Windkraft in Österreich wohl noch um den Faktor 3 bis 5 zu steigern sein, so dass ca. 10% unseres heutigen Energiebedarfs gedeckt werden können. In dieser Dimension des weiteren Ausbaus ist ein entsprechender Abstand der Windparks zu Siedlungen und sensiblen Vogelwandererrouten vermutlich noch einhaltbar.

Was ist mit ganz neuen, CO2-neutralen Technologien, Wasserstofffusion etc.?

Viele ExpertInnen vertreten hier die Meinung, dass Technologien, die nicht bereits heute die Serienreife erreicht haben, für die Energiewende der nächsten 10 bis 20 Jahre keine wesentliche Rolle spielen werden. Das Problem ist die beschränkte Zeit, die uns verbleibt, um das Überschreiten von schwer umkehrbaren Kipppunkten beim Klimawandel zu vermeiden.

Wenn ich richtig zusammengezählt habe, decken wir mit dem Bestand an Biomasse, Wasserkraft und Ausbau Wind jetzt gerade mal 36% des heutigen Energiebedarfs ab.* Bleibt ein riesiges Loch in der Energiebilanz. Wie soll das gefüllt werden?

Serienreif und umweltschonend ist die Solartechnik. Insbesondere die Photovoltaik weist ein rasches Wachstum beim weltweiten Ausbau auf. Solarstrom, in Großanlagen produziert, ist mittlerweile die billigste Stromquelle.

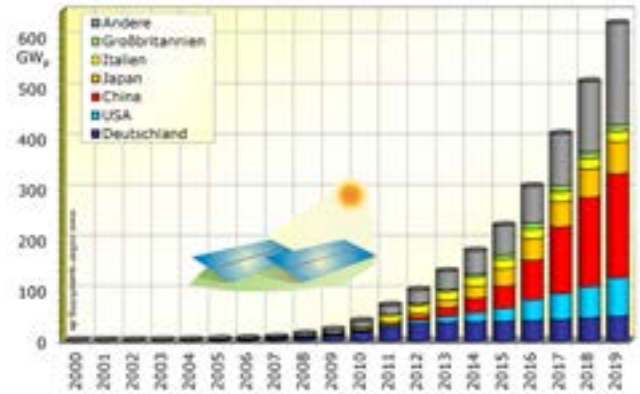


Abbildung 3: Weltweit installierte Photovoltaikleistung (www.volker-quaschnig.de)

Auf Gebäuden und Parkplätzen kann ich mir das vorstellen, aber nicht auf Freiflächen.

Um mit Photovoltaik die Produktion erneuerbarer Energie von 36% auf 50% unseres derzeitigen Bruttoenergieverbrauchs zu heben, braucht es ca. 25.000 Hektar PV-Module. Das sind ca. 0,3% der Fläche Österreichs. Für die Hebung auf 100% unseres derzeitigen Energieverbrauchs wären es 1,4% der Landesfläche.* Die thermische Gebäudesanierung wird weit über das Jahr 2040 hinaus andauern. Da auch der Ausbau der PV-Anlagen auf Gebäuden oft an bauliche Anpassungen und Sanierungsarbeiten geknüpft ist, wird auch der weitreichende Ausbau der PV auf Gebäuden ein eher langfristiges Projekt sein. Freiflächenanlagen können rasch errichtet werden und kosten rund ein Drittel im Vergleich zu Dach-Anlagen.

Nachdem jetzt schon klar ist, dass die PV-Anlagen auf Gebäuden nicht reichen werden, wäre es umso wichtiger, den rasch umsetzbaren Ausbau von PV-Freiflächenanlagen voranzutreiben. In der Klimakrise gilt, wer früher CO2 vermeidet, unterstützt den Klimaschutz doppelt, weil schädliche Emissionen früher gestoppt werden.

Aber das ist ja genauso ein Klimaverbrechen, wenn Flächen mit diesen Anlagen versiegelt werden.

PV-Anlagen im Grünland stellen keine Versiegelung dar. Es werden lediglich schmale Stützen in den Boden eingerammt, die leicht wieder rückgebaut werden können. Im Gegenteil: Der Boden wird vor Austrocknung und durch die Dauerbegrünung auch vor Erosion geschützt. Speziell gegenüber dem Anbau von Hackfrüchten wie Mais in Hanglagen werden so Erdmuren bei Starkregen vermieden. Wiesenflächen können eine deutliche Bereicherung für die Biodiversität, insbesondere für Insekten, Vögel und Niederwild sein.



Es gehen also landwirtschaftliche Flächen für die Lebensmittelproduktion verloren.

Bereits jetzt wird rund ein Fünftel der Landwirtschaftsflächen für die Energieproduktion mit Pflanzen genutzt. Die Energieeffizienz pro Fläche ist bei einer PV-Anlage ca. um den Faktor 100 höher als bei Energiepflanzen, so dass beispielsweise ein E-Auto mit Strom aus einer PV-Anlage 100 km fährt und ein Verbrenner-Auto mit Bioethanol aus der gleichgroßen Fläche Mais nur ca. 1 km. Würde also nur ein Teil der heute für Energiepflanzen

genutzten Fläche für PV-Freiflächenanlagen verwendet werden, wäre die Energieproblematik auf der Produktionsseite gelöst. Diese Flächen hätten zudem eine wesentlich größere Artenvielfalt, brauchen keinen Pestizid- und Düngereinsatz und schützen Boden und Wasser. Wirtschaftlich bieten diese PV-Anlagen auch für die Landwirtschaft eine wesentliche Steigerung der Wertschöpfung und der Druck zur Intensivierung der Landwirtschaft würde abnehmen. Durch Beweidung oder Mahd ist zudem eine Doppelnutzung möglich.

Auch Agrophotovoltaik, Ackerbau mit Photovoltaik kombiniert, wird in verschiedenen Formen bereits praktiziert.

Ich will mir aber nicht überall diese hässlichen Platten anschauen müssen. Mag sein, dass es die beste Umweltoption ist. Aber das ist doch ein sehr starker Eingriff in unser Landschaftsbild.

PV-Freiflächenanlagen können nicht beliebig errichtet werden. Im Widmungsverfahren sind das Landschaftsbild und Begleitmaßnahmen wie Gehölzstreifen als Puffer zu berücksichtigen. Wichtig wäre auch, dass sich die Bevölkerung an Anlagen in ihrer Umgebung finanziell beteiligen kann und Gemeinden eine entsprechende Abgabe von den PV-Betreibern einheben, um Landschaftsschutz-Projekte umzusetzen.

Die von uns benötigte Energie zukünftig selbst zu produzieren und nicht mehr als Öl oder Gas zu importieren, wird unser Landschaftsbild jedenfalls verändern. Entscheidend wird dabei sein, unsere Grundlagen für ein gutes Leben möglichst zu erhalten oder sogar weiterzuentwickeln. Der beschriebene Weg scheint dafür eine taugliche Option.

Viele Entscheidungsträger verdrängen die Überlegungen zur notwendigen Transformation des Energiesystems oder fürchten sich, diese offen zu kommunizieren und verzögern dadurch die notwendigen Schritte. Auch die NÖ Landesregierung bremst den Ausbau großer PV-Anlagen und behindert dabei auch die Bauernschaft, flächeneffizient Energiewirtschaft zu betreiben.

Dabei wäre der zügige Ausbau der Photovoltaik für die Belebung des Arbeitsmarkts und die Steigerung der lokalen Wertschöpfung auch mit den nunmehr möglichen Energiegemeinschaften hoch an der Zeit. Abgesehen davon gilt es das nächste große Energie-Thema rasch anzugehen: Wie speichern wir die Energie für eine sichere Versorgung?
Fortsetzung folgt ...

Was können die BürgerInnen zur Energiewende und zum Erhalt der Biodiversität beitragen:

- Sich gegen Windräder und große PV-Anlagen nur dann aussprechen, wenn sie sich ein differenziertes Bild gemacht haben.
- Tierische Produkte bewusster und hoffentlich dann auch in geringerem Umfang konsumieren.
- Im eigenen Bereich die Energieeffizienz verbessern (Wohnraum dämmen, effizientes Heizungs-system auf Basis erneuerbarer Energie zulegen, Verkehr umweltschonender gestalten, Umstieg auf Elektromobilität).
- In erneuerbare Energien (Solar, Wind) investieren.
- Zu Ökostromanbietern wechseln
- Initiativen und politische Bewegungen unterstützen, die sich für die Energiewende einsetzen und dafür sorgen wollen, dass auch weniger begüterte Menschen ihre persönliche Energiewende umsetzen können.

■ Martin Mühlbauer

*Quelle: Zahlen für Berechnung und Graphiken (wenn nicht anders angegeben): <https://www.bmk.gv.at/themen/energie/publikationen/zahlen.html>

SERVICEANGEBOT

Wir müssen unser Energiesystem umbauen, und das wesentlich schneller als bisher, damit wir die Klimaziele erreichen. Und wir sind darauf angewiesen, dass jede*r dazu nach Möglichkeit beiträgt. Noch gibt es aber wenig Beratungsangebote zu den Themen Photovoltaik, Speicherung, Freiflächenanlagen, Kesseltausch, eMobilität und Wall-Boxen.

Wir haben in den eigenen Reihen kompetente Expert*innen und bieten daher in Coronazeiten - vorerst online - Beratungen zu Energiefragen an, je nach gewünschten Themen werden wir externe Expert*innen dazuholen.

Energiesprechstunde jeden letzten Donnerstag im Monat, 18h

Der erste Termin: **Donnerstag, 25. März**

Bei Interesse bitte melden, Sie bekommen dann einen Link zum Onlinemeeting zugeschickt:

Mail: maria-anzbach@gruene.at

Lothar Rehse 0676 6646532

Martin Mühlbauer 0660 765 6540

Wieviel Zufall beinhaltet ÖVP-Politik

Mitten in der Nacht auf den 28. Jänner 2021 wurden zwei Familien mit Schulkindern nach Georgien bzw. Armenien abgeschoben – aus Österreich! Am nächsten Tag war die Aufregung groß, einerseits wegen der Abschiebung gut integrierter Jugendlicher, andererseits wegen des martialischen Aufmarsches der Staatsgewalt, die sogar eine Wega-Eliteeinheit wie bei einem Terroristenangriff beinhaltete. Und natürlich taucht die Frage auf, „Muss das denn sein? Können das denn die Grünen in der Regierung nicht verhindern?“

Nein, können sie nicht – sie haben es bis zuletzt versucht!

Die Kinder sind teilweise in Österreich geboren, sie sind bestens integriert, sprechen fließend deutsch (nur deutsch!) und sie haben seit vielen Jahren ihre FreundInnen und ihren Lebensmittelpunkt in Österreich. Sie werden abgeschoben, weil ihre Eltern versucht haben, in Österreich ein besseres Leben aufzubauen und weil die Rechtslage in Österreich seit der rot-schwarzen Faymann-Regierung unabhängig vom Integrationsstatus Abschiebungen vorsieht, sobald keine unmittelbare Lebensgefahr in den Herkunftsländern besteht. Der Innenminister kann das durchführen lassen – er muss aber nicht.

Natürlich stellt sich die Frage, warum der Innenminister genau jetzt diese martialischen Bilder inszenieren lässt? Kann es sein, dass sie davon ablenken sollen, dass es mit der Pandemiebekämpfung gerade nicht so glatt läuft und/oder die Untersuchungsausschüsse zur Ibiza- und BVT-Affäre dem Kanzler und seinen Getreuen immer näherkommen? Man nennt das Message-Control:

Es geht nicht um die Sache selbst, sondern um Ablenkung von den eigenen Problemen und die Stimmenmaximierung. Und dafür wird gern auch schon mal ein Teil der Wahrheit verschwiegen oder bildlich gesprochen „ein Hölzel in die andere Richtung geworfen“, für die Medien und die Öffentlichkeit.

Wir können nur hoffen, dass die Familie mit drei schulpflichtigen Kindern in Eichgraben mit viel Verbindungen zu Maria Anzbach, die gemeinsam mit der obigen Familie hätte abgeschoben werden sollen, in Österreich bleiben darf. Das wäre ihnen zu wünschen, sie stellen in jeder Beziehung eine Bereicherung für unser Gemeindeleben dar!

■ Lothar Rehse